

1.7.1919

## Niederösterreichische Landesversammlung.

### Die Regelung der Bezüge der niederösterreichischen Landesangestellten.

Die niederösterreichische Landesversammlung hat in der heutigen vorletzten Sitzung — die Mandate der Vertreter erlöschten nach den Bestimmungen der neuen Landeswahlordnung am Wahltag, es wird also Freitag die letzte Sitzung sein — ein reiches Arbeitsprogramm erledigt. Darunter haben besondere Wichtigkeit die Abtrennung des Semmering von der Gemeinde Breitenstein und die Regulierung der Bezüge der Landesangestellten. Beide Punkte lösten eine lebhafteste Debatte aus, wobei der Antrag des Ausschusses, bezüglich der Selbstständigkeitserklärung der Gemeinde Semmering starken Widerspruch fand. Es wurde für die Vertagung des Antrages, insbesondere die Verschiedenheit der wirtschaftlichen Stärke beider Gemeinden geltend gemacht, zum Schlusse jedoch der Trennung unter dem Vorbehalte zugestimmt, daß erst die wirtschaftlichen Verhältnisse beider Gemeinden geregelt werden.

Nach dem Beschlusse der heutigen Sitzung erfahren in kurzer Folge nach den Angestellten der Gemeinde Wien die Landesangestellten eine bedeutende Besserstellung. Allerdings vorläufig nur in der Form eines Provisoriums, da die Kürze der Zeit die Behandlung der Bedeckungsfrage der Mehrauslagen nicht mehr zuläßt. Es wurde aber von christlich-sozialer Seite die eindringliche Mahnung an den neuen Landtag erhoben, als eine seiner ersten Aufgaben, die definitive Regelung der Bezüge durchzuführen, und es ist gewiß, daß in zwei, drei Monaten die Angelegenheit im Sinne der Wünsche der Angestellten endgültig geregelt wird.

Besonderes Interesse fand im Hause die Antwort des Landeshauptmannes Steiner auf den am 24. d. erschienenen Artikel in der „Reichspost“ über die Massensiedlung galizischer Juden in einzelnen Gemeinden Niederösterreichs, mit der unsere Mitteilung vollkommen bestätigt und energische Maßregeln gegen die begangenen Gesekwidrigkeiten in Aussicht gestellt wurden. Die „Reichspost“ hat damit einen vollen Erfolg erzielt. Wir berichten darüber an anderer Stelle.

#### Nachstehend der Sitzungsbericht:

Landeshauptmann v. Steiner eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten. Die Abgeordneten Pinggera und Genossen überreichen eine Interpellation, betreffend die Regulierung des Weibingbades in Weibling und Klosterneuburg, die Abgeordneten Wagner, Grimm und Genossen überreichen einen Antrag wegen Auszahlung eines Schutzgeldes für Wisamratten, die Abgeordneten Judel, Zwebacher und Genossen einen Dringlichkeitsantrag über die Aufhebung des Wahlzweckzwanges der Landwirte ab 1. Mai 1919, die Abgeordneten Joh. Mayer, Zwebacher und Genossen verlangen im dringlichen Wege die Genehmigung der provisorischen Landesversammlung zum Verlaufe des Landesziegelwerkes in Stetten um 520.000 Kronen, die Abgeordneten Wohlmeyer und Genossen überreichen einen Antrag, betreffend Vorschläge zur Verbesserung unserer Finanzmisere zur Ermöglichung einer heimischen Massenerzeugung landwirtschaftlicher und gewerblicher Produkte sowie einer allfälligen künftigen Sicherung, gerechten Erfassung und Verteilung dieser Erzeugnisse.

#### Die Wegnahme unserer Kunstschätze durch die Italiener.

Die Abgeordneten Kemetter und Genossen stellen einen Dringlichkeitsantrag, betreffend die geplante Wegnahme von Kunstschätzen und historischen Schätzen durch die Italiener. In dem Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, dahin zu wirken, daß die Ausfolgung der von den Italienern verlangten Schätze verweigert, die vor einigen Monaten unserem kunsthistorischen Museum und der Hofbibliothek entnommenen Objekte wie das aus der Galerie der Akademie der bildenden Künste genommene künstlerische und kunsthistorische Studienmaterial unserer angehenden schaffenden Künstler ernstlich zurückgefordert werde.

Nach der Antwort über die Interpellation des Abg. Wolny über die Massenaufnahmen galizischer Flüchtlinge in niederösterreichischen Gemeinden, in der auf den Bericht in der „Reichspost“ Bezug genommen wird, und über die wir an anderer Stelle berichten, beantwortet Landeshauptmann v. Steiner eine Interpellation über

#### die Slawisierung von einzelnen Zellen Niederösterreichs.

Er bemerkt hierbei, daß ihm von der Errichtung einer Romanstschule im 10. Bezirke ebensowenig etwas bekannt sei, wie anderen Behörden. Die deutschen Schulen in Unterkleinnean seien unter dem Druck der feindlichen Gewalt geschlossen, der rechtliche Bestand derselben jedoch nicht aufgehoben worden. Er verweist dann auf den Protest, der den Ententevertretern in dieser Angelegenheit übermittelt wurde.

#### Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen.

Nach einem Bericht des Abg. Breitschneider wird ein 50%iger Landesbeitrag für die Räumungsarbeiten am Schmelzbach gewährt. Abg. Anderle referiert über eine große Anzahl von Ansuchen, betreffend die Teilung von Ortsgemeinden. Landeshauptmannstellvertreter Mayer befragt diese Ansuchen mit dem Hinweis auf das Selbstbestimmungsrecht und bittet die Landesversammlung, die letzte Sitzung nicht mit einem Nihilum zu schließen. Die nicht zu leugnende Spannung zwischen Stadt und Land würde nur verstärkt werden, wenn hier durch die Mehrheit der Wiener Stimmen gegen diese Gemeinden entschieden würde. Schließlich wird der Antrag angenommen. Abg. Andler berichtet weiter über

#### Die Trennung des Semmerings von Breitenstein.

Abg. Silberer erklärt sich bereit, 20.000 Quadratmeter von seiner auf dem Semmering gelegenen Wiese unter der Bedingung für den Bau von Arbeiterkolonien unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wenn die großen Unternehmungen auf dem Semmering für diesen Zweck 400.000 Kr. aufbringen. Er bittet zum Schlusse, die beiden Gemeinden zu trennen und den

Semmering für sich allein wirtschaften zu lassen. Sie tun damit ein gutes Werk, sagt er, und schaffen eine blühende Zukunft. (Lebhafte Beifall.)

Landeshauptmannstellvertreter Seber beantragt die Rückverweisung an den Landesrat, um den beiden Gemeinden Gelegenheit zu geben, vor der Trennung die vermögensrechtlichen Angelegenheiten zu ordnen. Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt. — Abg. Barret bezeichnet es als eine Ungerechtigkeit, diese Frage in der letzten Minute, wo der Landtag in den letzten Tagen liegt, durchzuweisen und spricht sich ebenfalls für die Vertagung aus.

Abg. Silberer erklärt, er mache seine Schenkung nicht von der Trennung abhängig und richtet an die großen Besitzer von Breitenstein die Aufforderung, in ihrer Gemeinde ähnliche Unternehmungen, wie sie am Semmering bestehen, zu schaffen.

Abg. Wolny verlangt, daß die Hotelunternehmungen des Semmeringgebietes es auch einem Nichtmillionär ermöglichen sollen, einige Tage auf dem Semmering zuzubringen. Wenn solche Leute über den Semmering fahren, müssen sie sich sagen: „Schön ist dieses Paradies! Du darfst aber nur durchfahren!“ Redner begrüßt den Antrag Silberer auf Schaffung dieser Arbeiterheimstätten, wünscht aber auch die Errichtung von Hotels und Wirtschaften, die dem sogenannten Mittelstand einen Aufenthalt möglich machen.

Abg. Volkert: Es wird auch dem Arbeiter ein paar Tage dort gefallen!

Abg. Wolny: Es sollen beide Stände gelegentlich eine Woche auf dem Semmering verbringen können. (Beifall.)

Abg. Gruber erklärt sich als Gegner der Trennung, da es der Bauern von Breitenstein nicht so leicht fallen werde, sich eine eigene Gemeindeverwaltung einzurichten und dazu noch Investitionen zu machen. Sein Antrag auf Vertagung wird gleichfalls abgelehnt.

Nachdem noch Abg. Bötzler dagegen gesprochen hatte, stellt nach Schluß der Debatte Landeshauptmannstellvertreter Seber den Zusatzantrag, daß der Trennungsbeschluß erst nach einer den Vermögensverhältnissen Semmerings und Breitensteins entsprechenden Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse durchgeführt werde. Hierauf wird der Antrag des Ausschusses mit dem Zusatzantrag Seber einstimmig angenommen.

Sodann wird der Gemeinde Waidmannsfeld die Einhebung von Wassergebühren bewilligt und der Antrag über den Schutz der Gemeindeverwaltungen vor Kriegsverlust dem Landesrate zugewiesen.

Abg. Kemetter berichtet namens des Schulausschusses über die Schaffung einer Einheitlichkeit der Lehrkörper an den Landes-Lehrereminarien. Die Anträge werden mit dem Zusatz, betreffend Ausdehnung auf die Lehrer der Handelsschule, zum Beschlusse erhoben.

Nach einem Berichte des Abg. Kemetter wird hierauf die dritte Dienstalterszulage der Landesmittelschulprofessoren, wie die der staatlichen Professoren mit 900 Kronen festgesetzt.

Nach einem Berichte des Abg. Hilp werden die vorgelegten Rechnungsabschlüsse der n.-ö. gewerblichen Fortbildungsschulfonds genehmigt.

Nach der Erledigung des Gesetzentwurfes, betreffend die erhöhte Anrechnung der Kriegsjahre in die Dienstzeit der Volksschullehrer auf dem flachen Lande (Berichterstatter Hilp) und des Antrages über die Vorrückung der landwirtschaftlichen Landeslehrer in die nächst höheren Mangklassen (Berichterstatter Abg. Wolny), referiert Abg. Kulhanez über

#### Die Regelung der Bezüge und Ständeverhältnisse der Landesangestellten.

Er stellt eine Reihe von Anträgen, die im allgemeinen dahin gehen, daß bis zur endgültigen Durchführung der Gehaltsregelung, die dem neuen Landtag vorbehalten bleibt, Vorschläge auf die Erhöhungen im Ausmaß von 50 Prozent der gegenwärtigen Feuerungszulage in monatlichen Raten im vorhinein ausbezahlt werden und daß alle Bezugsregelungen rückwirkend ab 1. Mai in Kraft zu treten haben. Hierzu stellt Abg. Forstner den Zusatzantrag, daß den noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Landesangestellten ebenfalls die Kriegszulage ab 1. Mai zuerkannt werde.

Abg. Dr. Repustil (christlichsozial) erklärt, die vorliegenden Anträge würden von seiner Parteigenossen nur als Provisorium aufgefaßt. Er richtet an den kommenden Landtag den Appell, sich mit der Regulierung so rasch als möglich zu befassen. Er stellt schließlich den Zusatzantrag, daß die weiblichen Landesangestellten bei gleicher Arbeitsleistung in allen Belangen grundsätzlich in gleicher Weise wie die männlichen zu behandeln sind und daß das Zölibat für die Landesbeamtinnen aufgehoben werde. (Beifall.)

Abg. Kemetter bedauert, daß nicht schon jetzt eine definitive Regelung der Bezüge durchgeführt werde und begrüßt es, daß das starre Rangklassensystem abgeändert werde. Er verlangt die Durchführung dieser Regulierung auch im Falle der Übernahme des n.-ö. Landesschulwesens durch den Staat. Die Anträge des Ausschusses werden mit den Zusatzanträgen Forstner und Repustil angenommen.

Ein Antrag, betreffend die Regelung der Bezüge der niederösterreichischen Landtagsstenographen wird dem Landesrate zugewiesen.

#### Untersteiermark muß deutsch bleiben.

Im Verlage der Deutschen Mittelstelle, Zweig Graz, ist ein Geschenkbuch von Professor Dr. Hans Pirchegger der Grazer Universität unter dem Titel: „Das steirische Draugebiet — ein Teil Deutschösterreichs“ erschienen.

Der Verfasser weist in den Abschnitten über Geschichte und Besiedlung die Unwahrheit der Behauptung schlagend nach, daß das steirische Unterland seit jeher im Besitze der Slovenen gewesen sei. Vor dem Jahre 1848 ist aus der ganzen Steiermark nicht eine slovenische Urkunde, nicht ein slovenischer Akt bekannt. Die Deutschen haben die Kultur des Westens unter den Slovenen verbreitet, sie haben Städte und Märkte gegründet und damit den Wohlstand des Landes geschaffen. Als beste und einfachste Grenze gegen die Slovenen bezeichnet der Verfasser die Linie: Karawanken—Weitensteiner und Gonobitzer Zug—Botich—Donati. Als äußerstes Zugeständnis erscheint ihm die Bognernlinie zum Draufnie östlich Marburg—Draun—Böhrnig. Die Draulinie ist unannehmbar. Nach seinen Vorschlägen verlore Jugoslawien Landgemeinden, Deutschösterreich dagegen reiche Städte und Märkte. Die slovenischen Bauern wollen zu Deutschösterreich, die deutschen Städte aber nicht zu Jugoslawien. Das Draugebiet mit seiner Umrahmung gehört zum Norden. Jede andere Grenzbestimmung sei gewalttätig und unhaltbar. Graz brauche dringend die kürzeste Verbindung über Marburg nach Italien (Ungarn) andererseits; sie dürfe nicht verrieckelt werden. Das könne nur durch die Karawanken-Wintersteiner (Bachern-) Grenze erreicht werden. Der Verfasser fordert schließlich die freie Abstimmung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, denn „die Gewalt ist zwar gegen uns, aber das Recht ist auf unserer Seite“.